

CVP und SP wollen die AHV-Renten erhöhen. Sie leben auf einem anderen Stern.

Politik oder Science-Fiction?

Von Markus Somm



Der Ständerat hat diese Woche einen fulminanten Ausbau der AHV beschlossen – in einer Art und Weise, wie das vielleicht in den unbeschwerteren Sechzig-

gerjahren verständlich gewesen wäre, als die Schweizerinnen jedes Jahr mehr Kinder zur Welt brachten und jeder Jahrgang ein starker zu werden versprach. In Zeiten wie den unseren, da in der Schweiz viel weniger Kinder zur Welt kommen und wir (Gott sei Dank) immer älter werden, ist das, was der Ständerat entschieden hat, schlechterdings verantwortungslos.

Seit Jahren diskutieren wir über die Tücken der Demografie – doch was eine Mehrheit von CVP, SP, GLP und Grünen in der kleinen Kammer gleichsam in letzter Minute vor den Wahlen, in auffällig rasantem Tempo, durchgedrückt hat, wirkt, als hätten die betreffenden Politiker von diesen Debatten nie etwas gehört. «Chambre de réflexion» nannte sich der Ständerat früher nicht unbescheiden. Heute ist es eher eine Kammer der Unreflektierten, der Gedankenlosen, der Unsensiblen. Ist das Politik oder schon Science-Fiction? Dabei ist das Problem simpel und bekannt.

Unerbittliche Statistik

Die AHV wird durch das sogenannte Umlageverfahren finanziert, das heisst, die Erwerbstätigen (und die Unternehmen) bezahlen die Renten der heutigen Pensionierten. Daher ist das Verhältnis zwischen Rentnern und Aktiven von grosser Bedeutung. Weil wir zusehends älter werden, haben die Jungen für immer mehr Leute im Ruhestand aufzukommen. Die Entwicklung ist dramatisch. Als die AHV 1948 eingeführt wurde, standen einem Rentner mehr

Abstriche bei der AHV fallen der SP allein aus Identitätsgründen schon sehr schwer.

als sechs Erwerbstätige gegenüber, die für seine AHV einzahlten. Heute sind es 3,3 Aktive, in zwanzig Jahren, 2035, sind es bloss noch 2,3. Das sind nicht Prognosen aus dem Land des Voodoo, sondern Ergebnisse kühler statistischer Berechnung, die keiner mathematischer Zauberkünste bedarf: Die Rentner von 2035 sind alle schon geboren – und selbst wenn die Zuwanderung weiter zunähme, bleibt das Verhältnis ausgesprochen ungünstig. So viele Leute können gar nie einwandern, um diesen Trend zu kehren. Gewiss, viele demografische Probleme werden abgeschwächt, weil unsere Wirtschaft gleichzeitig wächst. Die Jungen von heute sind in der AHV uns drohen: Ohne Korrekturen, ohne Reformen dürften im Jahr 2030 das Vermögen der AHV von mehr als 44 Milliarden Franken vollständig aufgezehrt sein.

Das alles wissen die Ständeräte, das alles ist auch dem zuständigen Bundesrat Alain Berset von der SP bekannt, dennoch handeln sie, als hätten sie andere Zahlen gelesen. Warum? Über die Motive eines linken Bundesrates wie Bertsch zu spekulieren, ist überflüssig. Er ist links, wie seine Reform zweifelsfrei beweist, auch wenn er virtuos einen sehr bürgerlichen Habitus pflegt, was besonders in der Deutschschweiz viele Bürgerliche dazu verführt, seine inhaltlichen Positionen zu übersehen. Einem Rückbau oder einem Ausbauhalt bei der AHV hat die Linke noch nie das Wort geredet, nicht einmal ihre pragmatischsten Vertreter. Schon Konzessionen im Millimeter-Bereich lassen sich nur mit Milliarden abringen, wenn überhaupt. Berset selber ist ein eleganter Ingenieur des perfektionierten Wohlfahrtsstaates, – der, weil er so perfekt ist, auch immer mehr kosten darf.



Murren auf den Ruderbänken der Galeeren. Die AHV muss sich den neuen Realitäten anpassen und darf die Kosten nicht auf ewig den Jungen überbürden. Foto Keystone

«Die Finanzierung der AHV ist eine Frage des politischen Willens», heisst es in der Regel bei der SP, als ob der politische Glaube reale Berge versetzen könnte – ungeachtet jeder Demografie und jeder Ökonomie. Die AHV ist eine heilige Kuh, ein Goldenes Kalb, um das die Sozialdemokraten kreisen, die historisch bedeutsamste Errungenschaft der schweizerischen Arbeiterbewegung, auch wenn sie ein Freisinniger entworfen hat. Abstriche bei der AHV fallen der SP schon allein aus Identitätsgründen sehr schwer. Mit anderen Worten: Es wäre an den Bürgerlichen, die AHV zu reformieren. Zu diesen Bürgerlichen gehörte früher einmal auch die CVP. Beobachtet man heute, wie sie sich im Ständerat verhalten hat, kommen Zweifel auf, ob diese Partei je wieder ihren Kompass findet. Noch vor drei Monaten lehnten wichtige Repräsentanten der Partei jede Rentenerhöhung ab und man gab sich besorgt über mögliche Defizite. Kurz vor den Wahlen, womöglich in der irrigen Annahme, das könnte helfen, dreht man sich und behauptet das Gegenteil.

Linker Kompromiss

Es hat etwas Humoristisches, ist aber auch schlau, wie die Sieger im Ständerat davon reden, man habe einen «Kompromiss» gefunden, dabei ist es ein Kompromiss zwischen links und halb-links, vermutlich im Hintergrund betrieben von Alain Berset, der ebenfalls nicht müde wird, von einem «Kompromiss» zu sprechen, wo sich seine Partei praktisch auf der ganzen Linie durchgesetzt hat. Wenn Paul Rechsteiner, der Präsident des Gewerkschaftsbundes, dabei gequält

lächelt, als ob ihm dieser Kompromiss schwergefallen wäre: Es muss Maskerade sein oder Ausdruck seines ohnehin düster wirkenden Gemüts. Denn für die Linke ist es ein Triumph, während die CVP sich – wie so oft im Umgang mit der SP – mit Almosen zufriedengibt, die sich am Ende als toxisch erweisen. Und die Rechte durfte gar nichts beitragen, FDP und SVP wurden einfach überstimmt. Mit einem Kompromiss hat das nichts zu tun.

Der Souverän lehnt seit 20 Jahren so gut wie jeden Ausbau des Wohlfahrtsstaates ab.

Auf den ersten Blick – und das hat durchaus Methode – sieht dieser fulminante Ausbau natürlich moderat aus. Um 70 Franken pro Monat sollen die Renten steigen. Was sind schon 70 Franken? Dass man den Ausbau in Monatsraten angibt, müsste stutzig machen. Die Preisangaben erinnern an das Geschäftsgeheimnis der Schlaumeier AG. 5.99 kostet das Schlangenöl, 4.93 das Haarwuchsmittel mit Glatzen-Garantie: Der Jahresbetrag einer Rentenerhöhung von 840 Franken hätte manchen wohl mehr beunruhigt. Auf die Zahl aller Rentner hochgerechnet, reden wir aber nicht mehr von ein paar Franken, sondern von Milliarden: 2030 resultieren 1,4 Milliarden Franken zusätzliche Ausgaben im Jahr – und 2035 steigen diese gar auf 2,1 Milliarden. Für den gleichen Zeitpunkt rechnet der Bund schon jetzt mit einem Fehlbetrag von acht Milliarden Franken allein in der AHV. Selbst

wenn die Mehrwertsteuer dafür um ein Prozent erhöht wird, wie dies der Ständerat diese Woche ebenfalls beschlossen hat, weist die AHV 2035 ein Defizit von immer noch sechs Milliarden Franken auf.

Mehr Demokratie wagen

Sieht so eine Reform aus, die uns als «Stabilisierungsvorlage» angepriesen wird? Nein, nur in einer Filiale der Schlaumeier AG. Es ist eine Ausbau-Vorlage, die sich die Linke gönnt, um ein paar Konzessionen zu verkraften, die sie ohnehin hätte machen müssen. Die Gleichstellung von Mann und Frau in der AHV war überfällig – der Ständerat hat deshalb diese Woche zu Recht beschlossen, das Rentenalter der Frau schrittweise auf 65 zu erhöhen. Ebenso war es unabdingbar, und der Ständerat hatte ein Einsehen, dass man den Umwandlungssatz in der zweiten Säule auf sechs Prozent senkt –, angesichts der historisch tiefen Zinsen ist es den Pensionskassen schlicht unmöglich, auf dem Kapitalmarkt höhere Renditen zu erwirtschaften.

Das Letztere ist ein Erfordernis der Realität, man kann sie noch so lange ignorieren, als lebten wir in Griechenland – das Erstere ist eine Frage der politischen Konsistenz. Gerade für Sozialdemokraten. Wie sonst will ein Sozialdemokrat seinen Wählern glaubwürdig erklären, dass das Rentenalter für Mann und Frau unterschiedlich sein muss? Gleichstellung der Rechte, Gleichstellung der Pflichten, so einfach ist das.

Um diese Konzessionen zu erhalten, hätten die Bürgerlichen, genauer: die CVP sich nie und nimmer auf einen Handel einlassen müssen. Viel klüger

wäre es gewesen, diese beiden notwendigen Reformen getrennt dem Volk zur Beurteilung vorzulegen. Würden die Bürgerlichen, SVP, CVP und FDP, geschlossen dafür eintreten, wäre ein Erfolg durchaus möglich. Vor allen Dingen hätte man einmal gewusst, was der Souverän überhaupt wünscht. Ohne diese Rentenerhöhung, behaupten SP und CVP, sei es unmöglich, für diese Schritte eine Mehrheit im Volk zu erhalten. Tatsächlich? Ist ausgerechnet die SP eine Expertin für die Stimmung im Volk? Keine Partei hat in der jüngsten Zeit brutalere Niederlagen erlitten, wann immer sie mit einem eigenen Anliegen vors Volk trat.

Der gleiche Souverän hat in den vergangenen zwanzig Jahren so gut wie jeden Ausbau des Wohlfahrtsstaates abgelehnt – er war viel vernünftiger als manche Politiker im Parlament. Den meisten Menschen leuchtet nämlich ein, dass die AHV sich den neuen Realitäten anpassen muss, alle wissen, dass wir älter werden, und dass wir nicht auf ewig den Jungen alle Kosten überbürden dürfen. Vor allem die Jungen, auch deren Politiker, sind sich dessen zunehmend bewusst. Man murrte auf den Ruderbänken der Galeeren.

«Sieg für die Rentner dank der CVP», haben die Christlichdemokraten mit etwas verzweifelterm Charme verkündet, nachdem sie der Linken in allen Punkten nachgegeben hatten. Der intelligente Präsident der jungen CVP, Jean-Pascal Ammann, wusste es besser. In einer Stellungnahme schrieb er wenig später: «ein Sieg für die Rentner, eine Niederlage für die Jungen».

Es ist Zeit für ein neues Parlament. markus.somm@baz.ch